

67

RATHAUSKORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl Honay
Wien, Freitag, den 9. März 1923.

Die Ausschreitungen an der Universität. Die Gemeinderäte Skaret und Genossen haben an den Bürgermeister folgende Anfrage gestellt:

Die Vorgänge an der Universität und an den anderen Wiener Hochschulen, die man zuerst für das verantwortungslose Treiben unreifer Jungen halten konnte, beginnen zu einem gemeingefährlichen Skandal auszuarten. Die akademischen Behörden lassen nicht nur die Autonomie der Universität als Deckmantel für terroristische Reheitsakte einer kleinen Minorität missbrauchen, sondern verstehen sich, unter dem Diktat dieser Minderheit, selbst dazu, Unrecht und Schikanen gegen diejenigen, die nicht dieser Minorität angehören, zu üben. Nicht als erster, aber als einer der krassesten Fälle dieser Willkür wurde kürzlich die Ueberlassung eines Hörsaales an die Sozialdemokratische Studentenvereinigung für einen Vortrag des ehemaligen Staatskanzlers Dr. Renner verweigert, obwohl dieser Vortrag ein rein wissenschaftliches Thema behandeln sollte, und obwohl die Ueberlassung des Saales zunächst zugesagt worden war. Die Kusage wurde erst in letzter Minute in der unhöflichsten Form und unter den fadenscheinigsten Ausreden zurückgezogen.

Die Gruppe, die sich in dieser Weise als Herrin der Universität gebärdet und deren Wünsche die akademischen Behörden ausführen, steht politisch den beiden grossen Parteien, die die stärkste und zweitstärkste des Nationalrates und des Wiener Gemeinderates bilden, fern und sie steht auch fern der übergrossen Mehrheit der arbeitenden und schaffenden Bevölkerung Oesterreichs, aus deren Steuergeldern die Universität erhalten wird. Es ist in der demokratischen Republik ein unerträglicher Zustand, dass die Hochschulen zwar vom Volk erhalten, aber von einem Klüngel volksfremder, wenn auch sich „national“ nennender Reaktionen beherrscht werden.

Die Unterzeichneten sind sich bewusst, dass der Gemeinde Wien ein unmittelbarer verfassungsmässiger Einfluss auf die Hochschulen nicht zusteht. Es liegt den Unterzeichneten auch fern, die Autonomie der Universität antasten zu wollen. Da aber die Universität einen wichtigen Faktor im öffentlichen Leben der Stadt darstellt, deren Ansehen zu wahren die Gemeindevertretung berufen ist, muss die Gemeinde in ihrem Wirkungsbereiche Mittel anwenden, um die terroristischen ^KKreise der Hochschulen zu einem anderen ^{kann}Vorgehen zu zwingen. Die Gemeinde/das erreichen, indem sie gegen nationalistische Vereine ebenso vorgeht, wie an der Universität gegen nichtnationalistische Vereine vorgegangen wird.

Die Unterzeichneten richten daher an den Herrn Bürgermeister die Anfragen:

1.) Was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um die Schande, die durch das Treiben an der Universität dem Ruf der Stadt Wien zugefügt wird, abzuwehren, und welche Massnahmen will er ergreifen, um mittelbar auf die mitschuldigen akademischen Behörden einzuwirken?

2.) Ist für den Fall, dass es trotz aller Bemühungen nicht gelingen sollte, den deutschnationalen Terrorismus an der Universität abzustellen, der Bürgermeister bereit, dahin zu wirken, dass bei Vergebung städtischer Lokale gegenüber Vereinigungen, die den nationalistischen Terroristen nahestehen mit entsprechenden Gegenmassregeln vorgegangen werde?

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl Hönay

Wien, Freitag, den 9. März 1923. Nachmittagsausgabe.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 9. März 1923.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, verliest den Spendeneinlauf und teilt mit, dass die Postnummern 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, und 14 ohne Wortmeldung angenommen sind.

StR. Siegel (Soz. Dem.) berichtet über das grosse Investitionsprogramm der Gemeinde Wien zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Die Gemeinde war schon bei der Aufstellung ihres Hauptvoranschlags bestrebt, möglichst viele Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. In dem Hauptvoranschlag sind insgesamt Arbeiten um 353 Milliarden Kronen vorgesehen, die sich auf die verschiedensten Gewerbe verteilen. So beträgt der Anteil des Baugewerbes insgesamt 28.3 Milliarden, wobei die Wohnhausbauten, die der Voranschlag bekanntlich nicht enthält noch nicht inbegriffen sind, auf die Elektroindustrie entfallen 4.2 Milliarden, auf die Metallindustrie 2 Milliarden, auf die chemische Industrie 5.6 Milliarden, auf die Stein- und Schotterherzeugung 14 Milliarden, auf die Zementindustrie 5 Milliarden, auf das Pflasterergewerbe 19.5 Milliarden, auf die Kanalkunung 12 Milliarden, auf Installationen und Heizanlagen 4.9 Milliarden, auf sonstige kleinere Gewerbe 6 Milliarden.

Ueber den Rahmen dieses Budgets hinaus hat dann die Gemeinde bei der Aufstellung und Durchführung ihres Wohnbauprogramms neuerlich Milliarden der Industrie zugeführt. Aus den Einnahmen der Wohnbausteuer sind, wie bekannt, zwei grosse Wohnhausbauten fertiggestellt und zwei andere im X. Bezirk, Triesterstrasse und auf der Schmelz bereits begonnen worden. Aus dem Ertrag der Wohnbauleihe von 10 Milliarden wurden zwei weitere Wohnhausbauten, 11. Bezirk, Lerygasse und 18. Bezirk, Staudgasse in Angriff genommen. Ferner wurden für die Siedlungsbauten insgesamt mehr als 13 Milliarden und für die Erhaltung einsturzgefährdeter Häuser 4 Milliarden gewidmet.

Um aber in der gegenwärtigen furchtbaren Wirtschaftskrise für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch mehr zu tun, legen wir heute dem Gemeinderat ein weiteres grosses Investitionsprogramm vor. Es umfasst eine Reihe von Wohnhausbauten, sowie eine Anzahl anderer Bauführungen und Arbeiten. Die Wohnhausbauten sollen im II. Bezirk Engerthstrasse, im IX. Bezirk im Liechtental, im XIII. Bezirk Hermesstrasse, im XVI. Bezirk Pfennigfeldgasse, im XVII. Bezirk Baldrichgasse, im XIX. Bezirk Schegargasse, im XX. Bezirk Vorgartenstrasse und im XXI. Bezirk Justgasse errichtet werden; ausserdem sind drei Siedlungen der Gemeinde im XI., XIII. und XXI. Bezirk geplant. Für diese Bauten werden insgesamt 60 Milliarden Kronen verwendet, jener Betrag, der von den städtischen Unternehmungen an Wohnbauleihe aufgebracht werden soll, was mit der Widmung geschieht, dass die damit geschaffenen Wohnungen in erster Linie für die Angestellten der städtischen Unternehmungen, soweit sie wohnbedürftig sind, bestimmt sein sollen. Ausserdem wird der im Voranschlag vorgesehene Reservefond mit einem Betrage von 33 Milliarden herangezogen und ferner sollen von den städtischen Unternehmungen Investitionsarbeiten im Betrage von 27 Milliarden vergeben werden, worüber dem Gemeinderat gesondert Bericht erstattet wird. Das macht zusammen ein Investitionsprogramm von 120 Milliarden Kronen.

Von den 33 Milliarden, die die Gemeinde unmittelbar aus eigenen Mitteln beisteuert, soll mit einem Aufwand von 12 Milliarden ein neues Heim für die Kinderübernahmestelle gebaut werden, die jetzt teils in der Siebenbrunnengasse und teils in den Barsacken am Tivoli unzulänglich unterge-

bracht ist. Zu dem schon beschlossenen Volksbad im XII. Bezirk sollen zwei weitere Bäder hinzukommen und zwar im X. Bezirk Gudrungrasse ein Bad, das durch einen späteren Ausbau eine grosse Schwimmhalle erhalten soll, und im XVI. Bezirk, im Anschluss an das bestehende Bad ein zweites, das auch ein Schwitzbad aufnehmen soll. Im Rahmen des Investitionsprogramms sollen ferner die Kochkessel der Humanitätsanstalten, die aus Kupfer und teilweise noch aus Eisen sind und daher starker Abnutzung unterliegen, sämtlich durch die viel haltbareren Nickelkessel ersetzt werden. Hiefür ist ein Betrag von einer halben Milliarde vorgesehen. ^{Schon} im Budget hat der Gemeinderat beschlossen 4 Milliarden Kronen für die Verbesserung der Behrntabfuhr, die Ersetzung des Mistbauers durch ein moderneres System zu widmen. Nun wird ein weiterer Betrag von 4.5 Milliarden eingesetzt, um eine Erweiterung dieser Aktion zu erreichen. Wenn hiebei, wie nunmehr geplant wird, an Stelle der Wohnungsstandgefässe Hausstandgefässe in Verwendung genommen werden, dann sind wir in der Lage 80.000 Wiener Wohnparteien mit dieser Einrichtung zu versehen. 5 Milliarden sollen aufgewendet werden, um sämtliche städtische Schulgebäude wenn möglich auf den Vorkriegszustand herzurichten; für die Umwandlung der aufgelassenen Vorortfriedhöfe, wovon zunächst der Matzleinsdorfer, der Hundstürmer und der Währinger in Betracht kommen, war schon im Budget eine Rate von 350 Millionen Kronen vorgesehen, die nun um einen weiteren Betrag von einer Milliarde vermehrt wird.

Innerhalb dieses Investitionsprogramms findet also wieder eine ganze Reihe von Gewerben neue und grosse Arbeitsmöglichkeit. Auf die einzelnen Gewerbe verteilen sich die Voranschläge des Investitionsprogramms wie folgt: Baumeister- und Eisenbetonarbeiten 385 Milliarden, Zimmerer 3 Milliarden, Spängler 7.9 Milliarden, Dachdecker 5.1 Milliarden, Tischler 3 Milliarden, Schlosser 14 Milliarden, Anstreicher 5.6 Milliarden, Glaser 3 Milliarden, Kanalküner 3.5 Milliarden, Installateure 10.7 Milliarden, Asphaltierer 6.4 Milliarden, Herde, Waschkessel- und Kochkesselinrichtungen 2.7 Milliarden, maschinelle Einrichtungen 1.6 Milliarden, Gartenarbeiten 1 Milliarde. All das sind keine Notstandsarbeiten im dem Sinne, dass damit nur Dinge geschaffen werden, bloss um einen momentanen Bedürfnis nach Arbeitsgelegenheiten Rechnung zu tragen, sondern es sind zugleich Arbeiten, die der Allgemeinheit dienen und die auf verschiedenen Gebieten der grossen Stadt wesentliche Verbesserungen schaffen werden. Ich glaube annehmen zu können, dass der Gemeinderat diesem grossen Programm seine ungeteilte Zustimmung geben wird. (Lebhafter Beifall).

GRin. Walter (chr. soz.) wünscht Aufklärung über die Gründe der Erbauung eines Einküchenhauses und warum es im XIII. Bezirk Hermesstrasse errichtet werde. In unmittelbarer Nähe befinden sich ohnehin Speisegelassenheiten für öffentliche Angestellte. Der Bau koste auch im Verhältnisse zu ähnlichen Häusern in Ottakring und auf der Schmelz zu viel, weil eben ein grosser Teil der Kosten durch die riesen Küche verursacht wurden. Es gehe nicht an durch die Errichtung solcher Luxusbauten Steuergelder zu verschwenden. Insbesondere wenn man in Betracht zieht, dass dadurch die Gastwirtschaften geschädigt werden, ohnehin unter hohen Gemeindesteuern zu leiden haben.

GR. Wawerka (chr. soz.) erklärt, dass seine Partei unter gewissen Voraussetzungen für die Vorlage stimmen werde. Sie verlange unter anderem, Gewissheit darüber, ob die für den X. Bezirk vorgesehene Badeanstalt auch mit einem Schwimmbad ausgestattet sein werde. Der zur Reparatur städtischer Schulgebäude veranschlagte Kredit von 5 Milliarden werde nach Redners Ansicht unzulänglich sein, da viele Schulgebäude sich in sehr vernachlässigtem Zustande befinden. Bei dieser Gelegenheit lenke er die Aufmerksamkeit auf das sogenannte Jakobsmonument im XI. Bezirk, wie das Krematorium dort allgemein heisse, von welchem Dachziegel herunterfliegen und kürzlich 20 Meter Fassade heruntergestürzt seien.

Thin. Friday Jan 9. 1923

68

2

GR. Bauer (Soz. Dem.): Die Vorlage, die jetzt in Behandlung steht, ist ein Denkstein in der Geschichte der Gemeindeverwaltung. Während der Bund die Arbeitslosigkeit vermehrt, seine Bauten einstellt, alle Lieferungen storniert, versucht die Gemeinde mit aller Kraft die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aber nicht genug damit, der Bund ist heute noch der Gemeinde 6 Milliarden Kronen schuldig, die er vereinbarungsgemäss für die Herstellung von Wohnbauten zu zahlen hat. Wäre dieser Betrag rechtzeitig der Gemeinde gegeben worden, so hätten Wohnungslose ein Obdach und Arbeitslose Beschäftigung erhalten. Die Milliarden, die der Bund für die Arbeitslosenunterstützung ausgeben muss, können nicht als produktive Ausgabe bezeichnet werden, da sie den Arbeitslosen kaum das Leben ermöglichen. Es muss daher der Bund wenigstens die produktive Arbeitslosenfürsorge fördern und der Gemeinderat ist geradezu verpflichtet die Regierung aufzufordern, dass sie ein klein wenig die Gemeinde bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterstützt. Ich beantrage daher folgende Resolution: Mit den in der Gemeinderatssitzung vom 1. Februar 1923 beschlossenen und bereits in Angriff genommenen ersten Bauprogramm und mit dem in der heutigen Sitzung genehmigten grossen Notstandsprogramm im Ausmass von 120 Milliarden Kronen ist die Gemeinde in ihrem Bestreben, der immer bedrohlichen werdenden Arbeitslosigkeit innerhalb des Wiener Gemeindegebietes durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten entgegenzuwirken, bis an die äusserste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen. In Anbetracht der grossen materiellen Opfer, welche die Gemeinde mit der Ausführung dieser beiden Programme in der Absicht auf sich nimmt, im weitesten Umfange ihrerseits zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen, erwartet der Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien zuversichtlich, dass auch die Bundesregierung das ihre zur Unterstützung dieses gemeinnützigen Bestrebens der Gemeinde beitragen wird, in dem sie der Gemeinde alle Begünstigungen zuteil werden lässt, die für solche Unternehmungen unter dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge möglich sind. Der Gemeinderat rechnet auf diese gesetzlich festgelegte Förderung mit umso grösserer Bestimmtheit, als er hiedurch seiner Willensmeinung Ausdruck gibt, dass alle aus dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge einfließenden Beträge ausschliesslich zu einer neuerlichen Ausführung von Notstandsarbeiten noch über das dargelegte Programm hinaus Verwendung finden sollen. Dem Gemeinderat ist über den Erfolg, der im Sinne dieser Resolution bei der Bundesregierung unternommenen Schritte binnen kürzester Frist Bericht zu erstatten.

Ich ersuche alle Mitglieder des Gemeinderates diese Resolution anzunehmen.

GR. Kunschak (chr. soz.): Hätte sich der Voredner Mühe genommen und in den Voranschlag des Bundes Einsicht verschafft, dann wäre er zu einem ganz anderen Ergebnis gelangt. Der Bund hat in seinem Voranschlag für das Jahr 1923 rund 40 Milliarden Kronen für Hochbauten eingesetzt, wovon 7.6 Milliarden auf Wien entfallen. Freilich geht es nicht an, dass Sie sich zusammensetzen, ein Bauprogramm ausarbeiten und dann einfach vom Bunde verlangen, dass er drei Fünftel des Erfordernisses hergibt. Das ist ein ganz unwürdiges Spiel. Bei dem in der Gemeinde herrschenden absolutistischen System, das darin besteht, dass der Bund die Kosten tragen soll, und der Herr Siegel anschafft und die Arbeiten vergibt, kann es nicht bleiben. Wir können nur bedauern, dass die Resolution nicht dem Gemeinderat vorgelegt worden ist, sondern erst jetzt in der Debatte aufscheint.

StR. Siegel (Schlusswort): Das Einküchenhaus, das wir erbauen, bedeutet eine ganze Reihe von Vorteilen. Es ist besonders ausgezeichnet vor allem für jene Familien, wo Vater und Mutter dem Erwerb nachgehen müssen. Diese erwerbstätigen Menschen, die nicht in Wirtschaftshäusern ihr Mahl einnehmen wollen, ein freundliches Heim zu bereiten, soll der

Zweck dieser Neueinrichtung sein. Die Ausbildung der Frau wird darunter sicherlich nicht leiden.

Das Volksbad im X. Bezirk wird in drei Abschnitten fertiggestellt werden. Zuerst wird eine Abteilung, die gemischte Bäder, also Brause-, Wannen- und Schwitzbäder enthalten wird, errichtet, wozu 6 Milliarden erforderlich sind. Dem wird der zweite Teil in Angriff genommen, der eine Vermehrung dieser Badegelegenheiten vorsieht, während erst im dritten Abschnitt die Errichtung einer Schwimmhalle vorgesehen ist. In einem Zuge können wir diese Arbeiten nicht durchführen, weil dazu ein Kostenerfordernis von 25 bis 30 Milliarden Kronen notwendig wäre. Wir haben auch heute wieder das Lied von der Begünstigung des „Grundstein“ gehört, ich bemerke, dass ich auf den „Grundstein“ zu den bodenständigen Gewerbeunternehmungen zähle und dass kein einziger Fall nachgewiesen werden kann, dass wir den „Grundstein“ bevorzugen. Er war immer, wenn er eine Arbeit erhalten hat, der Bestbieter. Ausdrücklich aber, muss festgestellt werden, dass wir alle Arbeiten an Wiener Firmen vergeben und sogar billigere Angebote unberücksichtigt gelassen haben, weil sie vom Unternehmen, die nicht in Wien sich befinden, herstammten. Der Herr GR. Kunschak hat davon gesprochen, dass wir ein Bauprogramm gemacht haben, und ohne den Bund es vorzulegen, drei Fünftel der Kosten dieses Programmes verlangt hätten. Das ist vollständig unrichtig. Wohl ist aber richtig, dass wir im Vorjahre gemeinsam mit dem Bund ein solches Programm ausgearbeitet haben, der Bund sich zu einer Beitragsleistung verpflichtet hat, aber hinterher sein Versprechen nicht einhielt. Ganz unangebracht ist es auch bei der Gemeinde von einem absolutistischen System zu sprechen. Viel eher kann das beim Bund behauptet werden, was durch die Ausschaltung des Parlamentes bewiesen wird. Im Übrigen kann ich feststellen, dass gegen das Programm von keiner Seite irgend ein Einspruch erhoben worden ist. Ich kann daher annehmen, dass der Gemeinderat dieses Programm einhellig gut heissen wird und auch die Resolution, die auch die Regierung auffordert, das ihrige zu tun, annehmen wird. Die Haltung des Bundes gegenüber den Arbeitslosen lässt wirklich alles zu wünschen übrig. Die Gemeinde kann mit gutem Recht verlangen, dass auch der Bund zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wenigstens soviel beiträgt, als die Gemeinde.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen. Die Resolution Bauer wird mit den Stimmen der Mehrheit beschlossen.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass zu den Postnummern 17 bis 21, 23 bis 28, 30 bis 34, 36, 39 bis 40, 42 bis 46 keine Wortmeldungen vorliegen. Die Geschäftsstücke sind daher angenommen.

StR. Brodner referiert über die Umwandlung des niederösterreichischen Landesbierkellers in eine Aktiengesellschaft. Es ist dies die Liquidation des letzten Stückes der Gemeinsamkeit zwischen den Ländern Niederösterreich und Wien. Im vollen Einvernehmen auf Grund eines ausführlichen Sydikatsvertrages, der dem Gemeinderat vorliegt, erfolgt.

GR. Broczyner (Soz. Dem.) beantragt eine Abänderung des § 10 der Statuten, wonach der Verwaltungsrat nicht aus 10, sondern aus 6 Mitgliedern zusammengesetzt sein soll, was eine bessere Verteilung der Mandate zwischen den Ländern Wien und Niederösterreich ermöglicht.

Die Vorlage wird mit dem Abänderungsantrag Broczyner angenommen.

StR. Richter (Soz. Dem.) beantragt die Genehmigung eines Kredites von 400 Millionen Kronen für die ^{Kosten} der Volkszählung.

GR. Dr. Flašchkes (Jüd. nat.): In dem Buch „Das friedlose Europa“ hat Nitti die Frage aufgeworfen, wann der Friede in Europa einziehen wird und er gibt sich selbst die Antwort: bis Europa wieder lachen wird. Man sollte glauben, dass jetzt der Friede in Europa kommen müsste, denn ganz Europa lacht über die österreichische Regierung, über den Vizekanzler

3

ler Frank und über seine Verordnung, wonach die Rasse in Volkszählungen angegeben werden soll. (GR. Untermüller (chr. soz.): Europa wird über ihre Rede lachen!) Bekanntlich sind ganze Hochgebirge von wissenschaftlichen Werken darüber geschrieben worden, was eigentlich unter Rasse zu verstehen ist, aber eine Einigung darüber ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt. Es scheint sich also tatsächlich da um gehandelt zu haben, dass in der Zeit der höchsten Not doch wieder einmal ein Spass gemacht wird. Aber jeder Spass hat seine Grenzen und zu den ernstesten Seiten dieses Spasses gehört, dass Herr Frank mit dieser Volkszählungsangelegenheit die Ungeheuerlichkeit begründen will, die in der letzten Zeit vom Prorektor der technischen Hochschule eingeführt worden ist, die Ungeheuerlichkeit des Numerus clausus. Schuld an dieser Kundmachung des Prorektors ist Herr Vizekanzler Frank, denn er hat als Vertreter der Regierung auf dem Hochschultag die Erklärung abgegeben, dass man zum Numerus clausus kein Gesetz brauche, dass er im Rahmen der Autonomie durch Verordnungen eingeführt werden könne. Der Herr Prorektor hat sich dabei darauf berufen, dass in Polen und Rumänien der Numerus clausus existiert. Das ist unrichtig. Redner verliest eine Kundmachung des Rectors der Bukarester Universität, in welcher erklärt wird, dass die Universität allen Studenten ohne Unterschied der Konfession zugänglich sein müsse und dass der Geist der Verhetzung auf den Hochschulen keine Stätte haben dürfe. Er bemerkt, nach diesem Dokument sei Rumänien gegenüber Oesterreich ein Kulturstaat.

Wir wissen aber sehr gut, dass Herr Vizekanzler Frank noch etwas anderes will: die Unterstützung der Hakenkreuzler. Was Samstag und Sonntag hier im Rathssaal geschehen ist, muss die Entrüstung aller hervorrufen, die noch etwas auf das Ansehen Wiens geben. Hier vor dem Rathaus wurden alle Juden und Jüdinnen einzeln von Hakenkreuzlern überfallen und geschlagen. Diese Überfallenen haben nicht über ihre Leiden geklagt, sondern darüber, dass das Volk der Dichter und Denker solchen Nachwuchs hat: Hakenkreuzler als Nachfolger Goethes und Schillers! Wir erklären, dass vor allem die Regierung an diesem Vorgängen Schuld ist. Wir haben insbesondere den deutschnationalen Mitgliedern dieser Regierung, den Herren Frank und Waber den Antisemitismus vorgeworfen, den diese Herren fortwährend bekunden. Darauf sind diese Herren zu ihrem Leibjournal gegangen und haben erklärt, den Antisemitismus müsse man ihnen erst beweisen. Redner polemisiert gegen die Minister Frank und Waber und bemerkt, der letztere habe sich dazu herbeigelassen, als Justizminister in Versammlungen von der „Jüdischen Gefahr“ in Oesterreich zu sprechen.

Angesichts dieser Haltung wollen wir bei Gelegenheit dieser Volkszählungsdebatte wiederholen, was wir gesagt haben, als wir in diesem Saal eingezeichnet sind: Wir sind nicht dazu da, ausbeuterische Juden in Schutz zu nehmen; wogegen wir uns verwahren, das ist, dass wir Juden der Blitzableiter sein sollen, für alles und alle. Wir können uns im ehrlichen politischen Kampf mit den anderen Parteien auseinandersetzen, aber wir verwehren uns dagegen, dass wir von Mördern und Strassenräubern überfallen werden. Unser Kampf wird auch gegen alle jüdischen und nichtjüdischen Industriellen gerichtet sein, die die Hakenkreuzler mit Geld unterstützen. Lernen Sie aus der Geschichte: Je mehr Juden Sie verbrannt und ertötet haben, desto mehr Juden sind geworden, je mehr Sie uns von den Universitäten ausschlossen, desto mehr Bildung werden wir erwerben.

GR. Ehringer (deutschnational) drückt seine Verwunderung darüber aus, dass der Führer der zionistischen Partei in eine

solche Aufregung gerät, wenn durch die Volkszählung festgestellt werden soll, wieviel Juden wir in Oesterreich haben. Es habe ihm beliebt wegen dieser einfachen Tatsache einzelne Mitglieder der Regierung in so niedriger und schmutziger Weise anzugreifen, dass man keine andere Erwiderung darauf findet, als den öffenblichen Ausspruch: dieser Angriff ist infam und deshalb muss er auf das schärfste zurückgewiesen werden.

GR. Kunschak (chr. soz.): Herr Dr. Plaschkes hat uns einen Vortrag über die Rassentheorie gehalten. Es mag dahingestellt bleiben, ob unter den gegenwärtigen ungeklärten Verhältnissen über den Begriff „Rasse“ es zweckmässig erscheint, eine Volkszählung nach dieser Richtung einzustellen. Zweifellos aber besteht ein Recht hierzu. Den Begriff „Rasse“ hat nicht der Vizekanzler Dr. Frank eingeführt, sondern der Friedensvertrag von St. Germain, wo von „Rasse und Sprache“ die Rede ist und wo es heisst, dass bestimmte Ansprüche der Minoritäten unter dem Titel „Rasse“ erfüllt werden müssen. Unter dieser Voraussetzung ist es durchaus nicht so weit abliegend, wenn ein Mitglied der Regierung, in dessen Hände das Ministerium des Innern gelegt ist, dazu kommt, auch die Frage nach der Rasse in die Volkszählung einzubeziehen. Ich hätte von Dr. Plaschkes weit eher erwartet, dass er diesem Vorgang des Vizekanzlers zustimmt. Es soll eben erforscht werden, wieviel Deutsche, Tschechen und Juden in Oesterreich leben und dazu genügt das Religionsbekenntnis allein nicht. (GR. Peermann: Sehr richtig! Siehe Dr. Kienböck und Dr. Grünberger!) Es gibt Juden, die konfessionslos sind, die aber in ihrem ganzen Gefühlsleben Juden geblieben und die der Meinung sind, dass die Zugehörigkeit zum jüdischen Volke nicht die Zugehörigkeit zur jüdischen Religion bedeutet. Die Frage nach der Rasse in der Volkszählung ist also nichts anderes als die logische Auswirkung der Friedensvertragsbestimmungen. Sie tun dem Vizekanzler unrecht, wenn Sie ihm da böse Absichten unterschieben, oder gar an seinen Intellekt zweifeln wollen.

Bezüglich der jüdischen Versammlung am letzten Samstag, muss ich sagen, dass ich kein Freund von Störungen solcher Versammlungen bin. Überhaupt jede Versammlungstörung nicht billige, weil wir in einem demokratischen Staatswesen leben. Ich gestehe zu, dass es natürlich ein Recht der Juden ist, Versammlungen abzuhalten und dass jene, die anderer Anschauung sind, diesen Standpunkt auf andere Weise zur Geltung bringen können, als durch Versuche diese Versammlung zu sprengen. Aber dieser Störungsversuch ist durchaus vereinzelte Erscheinung. Mit der zunehmenden Demokratisierung haben sich in steigender Masse die Versuche gemehrt, die Meinung der Gegner mit Gewalt zu unterdrücken. Ich habe selbst am damaligen Samstag in der Umgebung des Rathauses mich befunden und verschiedene Beobachtungen gemacht. Wenn einzelne Juden überfallen und zu Boden geworfen wurden, so ist das gewiss ein unwürdiges Vorgehen und ich werde es verurteilen, ob nun Hakenkreuzler oder Christlichsoziale die Angreifer sind, weil es nicht von besonderem Mut zeigt, wenn eine Menge über einen einzelnen Menschen herfällt. Das ist kein Heldenstück. Wenn einer den andern durchaus mit Gewalt seine Überzeugung beibringen will, soll er es in Faustkämpfen mit ihm versuchen. Man darf in Zusammenhang mit solchen Ausschreitungen nicht so weit gehen, die Regierung und den Vizekanzler anzuklagen, dass sie diese Bewegung gewissermassen protegiert. Ein grosses Polizeiaufgebot hat die jüdische Versammlung damals geschützt und an vielen Stellen zog die Sicherheitswache blank, um die Demonstranten abzuwehren. Das war doch wahrlich ein mehr als ausreichender Schutz. Sollte vielleicht der Vizekanzler Frank Maschinengewehre auffahren und in die Leute hineinschießen lassen, damit nur ja keinen teuren Judenhaupt ein Haar gekrümmt werde?

hetze betreiben, aber dann auf den weiteren Seiten die Judeninserate aufzunehmen. Ich finde es komisch, wenn bei uns von einer jüdischen Herrschaft gesprochen wird, wo doch lauter Antisemiten in der Regierung sind. Gegenüber den Beschimpfungen der Juden, will ich nur sagen, dass wir wirklich dieser ehrliche Haufe wehren, als den Sie uns bezeichnen, wenn wir uns alle Beleidigungen gefallen liessen. Wir sind hier nicht die Geduldeten und Sie die Hausherrn, sondern wir werden nie und nimmer diesen Standpunkt akzeptieren. Wir tragen alle Lasten, so wie Sie und werden daher immer auch alle Rechte verlangen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag einstimmig angenommen.

GR Strohmayer (Soz. Dem.) beantragt hierauf die Übernahme von zwei Personenkraftwagen an Stelle einer fälligen Wertzuwachsabgabe. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR Johann Witzmann (Soz. Dem.) beantragt, dass die Gemeinde Wien der Kleingartenstelle in der Sorbaitgasse alte Gebäude gegen einen Pauschalbetrag von 15 Millionen Kronen überlassen soll. (angenommen).

Ohne Debatte wird die Herstellung von zwei Gelgruben im Kraftwerke Ebenfurth genehmigt und ein Kredit von 80 Millionen Kronen bewilligt.

VB Emmerling referiert über die Aufnahme einer Wohnbauleihe von 60 Milliarden Kronen, und die Übernahme derselben durch die städtischen Unternehmungen. Die Aufteilung dieser Summe richtet sich nach der Zahl der in den einzelnen Unternehmungen beschäftigten Bediensteten. Darnach entfallen auf die Strassenbahn 25 Milliarden, auf die Gas- und Elektrizitätswerke je 15 Milliarden, auf die städtische Ankündigungsunternehmung 2 und auf das Brauhaus 3 Milliarden.

GR Kunschek (chr. soz.): Es wurde bisher immer darauf verwiesen, dass die städtischen Unternehmungen mit Abgängen arbeiten. Das wurde besonders bei den Strassenbahnen angeführt, wo die Abgänge schon auf eine sehr starke Zahl von Milliarden sich belaufen. Jetzt sollen aber alle diese Unternehmungen Milliarden für Wohnungsbauten aufbringen. Wir stehen da vor einem Rätsel. Entweder ist es wahr, dass die Betriebe mit Defizit arbeiten, dann können sie nicht eine Anleihe von 60 Milliarden übernehmen. Im entgegengesetzten Fall muss aber ein Betriebskapital vorhanden sein. Nun weiss man von den Banken, dass die Unternehmungen viele Reserven haben. Man hat der ganzen Bevölkerung grosse Lasten aufgelegt, damit ein Betriebsfond geschaffen werden kann. Dazu wurden auch die Vorauszahlungen eingehoben, von deren Rückzahlung gegenwärtig nichts mehr gesprochen wird. Ein zweites Bedenken taucht auch auf, weil die Unternehmungen diese Häuser nicht selbst bauen, sondern nur das Geld hergeben. Es wurde unter christlichsozialer Verwaltung xxxxx auch von den Unternehmungen gebaut, damals sind die Häuser aber Eigentum der städtischen Betriebe geblieben. Dazu muss noch festgestellt werden, dass das Wohnungsbedürfnis besonders der Strassenbahnbediensteten noch immer ein sehr grosses ist. Dies trifft besonders für den Betriebsbahnhof Speising zu. Steht dass man aber den Bediensteten dort Wohnungen schafft, sagt man der Strassenbahndirektion sie muss die 25 Milliarden hergeben und die Gemeinde wird dort bauen, wo sie will. Mit Wohnungen in Ottakring ist den Bediensteten in Speising nicht geholfen, darunter leidet nicht nur der Betrieb, sondern auch der Bedienstete. Auch die finanzielle Wirkung dieser Anleihe auf die Unternehmungen muss als ungünstig bezeichnet werden, da sie einen Zinsverlust

von 7½% mit in den Kauf nehmen müssen. Das ist eine Belastung, die in die Milliarden geht, und da die Banken den Zinsfuss auf lange Zeit nicht ermässigen werden, muss von einer dauernden Belastung gesprochen werden. Ich stelle den Antrag, dass die Direktion der Strassenbahnen einen Betrag von 25 Milliarden Kronen zur Erbauung von Personalkütern bereitzustellen und dass auch die übrigen Unternehmungen, wie Gaswerk und Elektrizitätswerk, jene Beträge, die sie als Wohnbauleihe übernehmen sollen, für den Bau von Bediensteten Wohnungen herzugeben haben. Ich hoffe, dass auf diese Weise die Mehrheit in die Lage kommt, ihr Wohnbauprogramm durchzu-

führen und dass dabei auch die Bediensteten zu Wohnungen kommen. Damit die Minderheit Gelegenheit hat ihre Haltung unzweideutig zum Ausdruck zu bringen, verlange ich vom Herrn Vorsitzenden getrennte Abstimmung (Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Referent erwidert, dass die Argumente des GR Kunschek nicht zutreffen, die Wohnbauleihe habe mit der Geldflüssigkeit der Unternehmungen gar nichts zu tun. Er spreche sich gegen die Anträge Kunscheks aus.

Der erste Punkt der Vorlage wird sodann einstimmig angenommen, die restlichen drei Punkte mit den Stimmen der Mehrheit, der Antrag Kunschek abgelehnt.

VB Emmerling berichtet sodann über den Antrag auf Erweiterung des Investitionsprogramms der städtischen Unternehmungen. In erster Linie kommen die Strassenbahnen in Betracht, es wird der Ausbau einer Reihe von Linien vorgeschlagen. Gewiss gäbe es noch viele Möglichkeiten, neue Strassenbahnlinien zu führen, aber die Gemeinde ist ausserstande über das vorgeschlagene Programm hinauszugehen, weil ihr die Mittel fehlen. Bezüglich des Elektrizitätswerkes und der städtischen Lagerhäuser werden beträchtliche Kredite beansprucht und es seien schon jetzt Aufträge an die Industrie ergangen, durch welche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wesentlich beigetragen werde.

GR Müller (Meidling) (Chr. soz.) bezeichnet die Verlängerung der Strassenbahnlinie von der Bräutenfelderstrasse über Atzgersdorf nach Liesing für wichtiger als den vorgeschlagenen Ausbau der Strassenbahn von der Triesterstrasse nach Inzersdorf, weil dadurch auch Anschlussmöglichkeiten nach Rodmann und Perchtoldsdorf sich ergeben und diese Linie zweifellos tausenden Arbeitern, die jetzt die Südbahn benutzen müssen, zum Nutzen gereichen würde.

GR Karasek (chr. soz.) wünscht die Führung der Strassenbahn durch das Grottenbachtal nach Neustift am Walde, die von den Bewohnern dieser Gebiete seit Jahren gewünscht werde. Die Strassenbahndirektion habe dieses Projekt immer wieder hintertrieben und es sei bedauerlich, dass VB Emmerling diesen Einflüssen nachgegeben und sich ganz unter die Fuchtel der Strassenbahndirektion gestellt habe.

GR Hollaubek (chr. soz.) tritt gleichfalls für den Ausbau der Linien nach Neustift am Walde ein. Es sei durchaus nicht sicher, dass die Kosten wie behauptet werde, 20 Milliarden betragen würden.

GR Angeli (chr. soz.) beschäftigt sich ebenfalls mit dem Ausbau der Linie Grottenbachtal-Schwannsdorf, der ihm notwendiger erscheint, als der der Linie über die Ausstellungsstrasse.

GR Köbber (chr. soz.) begrüsst dagegen den Ausbau der Linie Ausstellungsstrasse-Handelskai und wünscht nur ihren weiteren Ausbau in die Lasselestrasse.

GR Hengl (chr. soz.) regt an, die Linie 36 vom Nussdorfer Hauptplatz bis zum Kahlenbergerdorf zu verlängern.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt in seinem Schlusswort, dass gegenwärtig neue Strassenbahnlinien ausserhalb Wiens nicht gebaut werden können, da nicht alles auf einmal zu machen ist. Aber schon die Tatsache, dass wir überhaupt neue Linien bauen, ist ein Beweis für die gute Wirtschaftsführung der städtischen Unternehmungen. Es werden noch im Laufe dieses Jahres, wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten auftauchen, die neuen Linien fertiggestellt werden. Wir nehmen das Verdienst für uns in Anspruch, dass wir die einzige Strassenbahnunternehmung sind, die neue Linien baut. Das war nur möglich durch eine Finanzpolitik, die unsere Unternehmungen wirtschaftlich unabhängig gemacht hat, so dass wir jetzt unseren Teil zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen können. Es wäre nur zu wünschen, dass auch der Bund die gleiche Politik einhalten würde.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen und die Sitzung um 10 Uhr nachts geschlossen.